

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erscheint 3 mal wöchentlich, am Montag früh. — Bezugspreis: Abholer monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.60 M., durch Träger und ausw. Vertretungen frei ins Haus monatlich 1.20 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M. ohne Postgebühr, Einzelnummer 10 Pf.

Amtes Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle: Wiesbaden, Mittelstr. 11. Fernruf Nr. 2915, 2916, 2917. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provins (Sachsen-Nassau) 20 Pf., Rheinlande 1.—M.; außerhalb 20 Pf., Rheinlande 1.50 M., Seltenerpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 632

Freitag, 13. Dezember 1918.

72. Jahrgang.

Die verpasste Gelegenheit.

Die deutsche Revolution, deren Erfolg der war, daß die Sozialdemokratie die Regierungsgewalt in die Hände bekam, stellt das deutsche Bürgertum vor die Daseinsfrage. Die Sozialdemokratie und ihre Gruppen noch links erklären, daß die neue deutsche Republik sozialdemokratisch sein werde; die Errichtung eines auf alle Kreise des Volkes gestützten freien Volksstaates lehnen sie ab. Sie streben also die Herrschaft einer Klasse, mag sie nun Arbeiter- oder Proletariatsklasse genannt werden, an, zur ungehinderten Durchführung des sozialdemokratischen Programms. Das heißt: sie wollen die bisherige freie Wirtschaftsweise des Einzelnen in weitem Maße aufheben und die Betriebe (die kleineren zusammengefaßt) verstaatlichen, sodas das Volk sich in der Hauptsache aus Arbeitnehmern staatlicher Gesellschaften zusammensetzen würde. Die Unabhängigen wollen mit den Eingriffen in den Privatbesitz, namentlich beim Grundbesitz, noch weiter gehen, und die Spartaikergruppe will überhaupt die Dinge auf den Kopf stellen, sie will jedes Privateigentum aufheben und die vererbte „Bürgerkaste“ unter das Joch einer proletarischen Gewalt Herrschaft zwingen. Daß alle drei sozialistische Gruppen außerdem noch gewaltige Umwälzungen auf kulturellem Gebiet, sowie eine Umformung des alten vaterländischen Ideals wollen, sei nur noch nebenbei gestreift. Darum ist das deutsche Bürgertum vor die Daseinsfrage gestellt, und aus dieser Erkenntnis heraus haben alle einflussigen Bürger, die ihre Stimme öffentlich bemerkbar machen konnten, vom Tage der Umwälzung ab das Bürgertum zur Sammlung gegen den gemeinsamen Feind aufgerufen. Dieser Kampf sollte aber nicht etwa in einer Gegenrevolution bestehen, sondern in dem Bestreben, das Bürgertum vollzählig und geeint an die Wahlurne zu bringen, um eine genügende Menge von Abgeordneten zur Nationalversammlung entsenden zu können, die darüber entscheiden wird, ob Deutschland eine sozialistische Klassenrepublik wie das jetzige Rußland oder ein nach wirklich demokratischen Grundätzen organisierter Volksstaat werden soll, etwa wie die Ver. Staaten oder Frankreich. Um diese allgemeine bürgerliche Sammlung konnte, mußte und durfte es sich vorläufig nur handeln.

Daß die alten bürgerlichen Parteien mit dem Sturz des bisherigen Staats- und Regierungsregimes sich vor neue politische Aufgaben gestellt sahen, war selbstverständlich. In ihren Kundgebungen hielten sie sich ohne Vorbehalt auf den Boden der gegebenen Tatsachen; sie revidierten ihre Programme weitgehend im demokratischen Sinne, und wie ernst es jeder mit der Anerkennung der Umwälzung war, geht daraus hervor, daß nicht einmal die konservative Partei die Wiederherstellung der monarchischen Staatsform auf ihr Programm setzte. Alle wollten im Rahmen eines freien Volksstaates wirken. Die Nationalliberale Partei war von der rechtsen Sammlung des Bürgertums am tiefsten durchdrungen. Ihr ganzes Streben ging dahin, als Kern der allgemeinen Sammlung zunächst das gesamte liberale Bürgertum zusammenzufassen. Und da bereits die Fortschrittliche Volkspartei ihre Firma in Deutsche demokratische Partei umgeändert hatte, verfiel die Nationalliberale Partei unter selbstloser Vereinfachung eigener Parteiwünsche auf eine Parteineugründung und versuchte eine Einigung mit der Deutschen demokratischen Partei herbeizuführen. Das mißlang an den unseren Lesern bereits bekannten Forderungen dieser Partei, die ihre Tür nur einigen wenigen Nationalliberalen, die bisher schon auf dem linken Flügel gestanden hatten, öffnen wollte. Sie lehnte sich so weit links stehende Männer wie Dr. Stresemann als national kompromittiert ab. Diesem Unvermögen der Deutschen demokratischen Partei gegenüber, die nächstliegenden praktischen Ziele zu erkennen, dank den Parteischulden, die sie trug, blieb der Nationalliberalen Partei nichts anderes übrig, als auf eigene Faust die Sammlung des Bürgertums zu versuchen. Es wurde in Berlin die „Deutsche Volkspartei auf demokratischer Grundlage“ begründet. Ihr erster Aufruf brachte ihr sofort zahlreiche Mitglieder. Da traten Führer der Berliner Deutschen demokratischen Partei mit den Begründern der Deutschen Volkspartei — es waren nationalliberale und fortschrittliche Politiker — zusammen, um noch einmal die Einigung des liberalen Bürgertums zu versuchen. Auch hier wurde von den Nationalliberalen das äußerste Entgegenkommen dargeboten, das so weit ging, daß man sich entschloß, die Deutsche Volkspartei in der Deutschen demokratischen Partei aufgehen zu lassen. Herr Dr. Stresemann wurde allerdings gehalten, in die demokratische Partei einzutreten, aber in den Vorstand sollte er nicht aufgenommen werden.

Unabhängig von den Berliner Verhandlungen war auch in Wiesbaden die Nationalliberale Partei an die Fortschrittliche Volkspartei herangetreten, um eine Einigung des liberalen Bürgertums herbeizuführen. Und obgleich man den Nationalliberalen hier die „kalte Schulter“ gezeigt hatte, suchten mehrere hervorragende Persönlichkeiten des linken Flügels von neuem Fühlung mit der Zeitung der Fortschrittlichen Partei. Als es auch ihnen nicht gelang, eine gangbare Brücke zu schlagen, veröffentlichten wir das soeben aus Licht getretene Programm der Deutschen Volkspartei. Die Begründung dieser Partei in Wiesbaden wurde jedoch noch verschoben, weil einerseits inzwischen in Berlin die

neuen Verhandlungen begonnen hatten und andererseits einer der Führer der Fortschrittlichen Volkspartei bzw. der Deutschen demokratischen Partei Wiesbadens in einer öffentlichen Rede erklärt hatte, daß seine Partei bereit sei, bis zu den Konservativen alles aufzunehmen, was sich auf demokratischen Boden stelle. Bisher hatten die Fortschrittlichen es abgelehnt, Rechtsnationalliberale, Minderheiten und Konservative aufzunehmen und einen scharfen Strich zwischen sich und den Sozialdemokraten zu ziehen. Es war sogar erklärt worden, daß die demokratische Partei in Wahlangelegenheiten, wo es sich um die Entscheidung zwischen rechtsbürgerlich oder sozialdemokratisch handle, stets auf die Seite der Sozialdemokratie treten werde. Der in der besagten Rede hervortretende Stimmungsumschwung veranlaßte die „Wiesbadener Zeitung“ zur Bestimmung und zum Ausdruck der Hoffnung, daß nunmehr die Sammlung des Bürgertums angeht, der Wahlen zur Nationalversammlung vielleicht doch noch möglich werde. Unsere Ausherrung gab der Fortschrittlichen Volkspartei Veranlassung, nunmehr ihrerseits — zum ersten Male — an die Nationalliberale Partei heranzutreten und unter Hinweis auf die Berliner Einigungsverhandlungen die Möglichkeit einer Einigung auch für Wiesbaden ins Auge zu fassen. Die Berliner Verhandlungen hatten das erwünschte Ergebnis einer vollkommenen Selbstüberwindung der Nationalliberalen und der Deutschen Volkspartei zugunsten der Sammlung des Bürgertums. Die Wiesbadener Zeitung der Nationalliberalen Partei bekam davon am Donnerstag, 5. Dezember, Mitteilung, und durchdrungen von der Notwendigkeit der Einigung, angelehnt der gefährdenden Herrschaft der Sozialdemokratie, beschloß sie sofort, ihren Parteiangehörigen vorerst die Beteiligung an einer am selben Abend stattfindenden Versammlung der Deutschen demokratischen Partei und den Beitritt zu ihr anzubieten, was in den nachmittags erscheinenden Blättern dieses Tages noch öffentlich bekannt gegeben wurde. Meistens ist die ihre Mitglieder zu einer Versammlung am darauffolgenden Sonntag ein, in der Beibehaltung der Auflösung der Partei und über das in Berlin beschlossene Aufgehen der Volkspartei in die demokratische Partei gefaßt werden sollte. Nach der in nationalliberalen Kreisen herrschenden Stimmung wäre mit höchster Wahrscheinlichkeit der Beschluß gefaßt worden, von der Gründung der Deutschen Volkspartei abzusehen, die Nationalliberale Partei aufzulösen und den Mitgliedern den Anschluß an die demokratische Partei anzubieten. Die Versammlung fand statt. Aber es kam ganz anders, als so viele gedacht und gehofft hatten.

Am Abend veröffentlichte die Sonntagmorgenausgabe der „Frankfurter Zeitung“ den einstimmig gefassten Beschluß des Fortschrittlichen Landesparteitags für Nassau, der am Tage vorher in Wiesbaden stattgefunden hatte und der es rundweg ablehnte, nationalliberale oder andere rechtsstehende Organisationen in die Deutsche demokratische Partei aufzunehmen. Ferner wies dieser einstimmige Beschluß den Sod auf, daß in die Leitung der Organisationen der Demokratischen Partei nur solche Männer und Frauen gewählt werden dürften, die schon bisher demokratische Grundsätze betätigt hätten. Wir legen zum Glück veröffentlichte die „Frankfurter Zeitung“ diese Mitteilung, denn ohne sie hätte die Nationalliberale Partei von dem Beschluß nichts gewußt und hätte ihrerseits das schwere Opfer der Parteiverzögerung gebracht, um wenigstens die liberalen bürgerlichen Elemente zu sammeln. Mit dieser — milde gesagt — bräunlichen Ablehnung aber, von der man zunächst mit ungläubigem Staunen, dann mit ehrlicher Entrüstung Kenntnis nahm, war die von den Nationalliberalen heiß ersehnte Einigung endgültig gescheitert. Die Folge davon war, daß der Beitritt zur Deutschen demokratischen Partei einstimmig abgelehnt und der Anschluß der hiesigen Nationalliberalen Partei an die Deutsche Volkspartei beschlossen wurde.

Die Deutsche Volkspartei auf demokratischer Grundlage ist inzwischen in Wiesbaden begründet worden und mit einem Aufruf, der lediglich positive Forderungen für das gesamte Bürgertum enthält, an die Öffentlichkeit getreten. Es muß sich jetzt entscheiden, ob das Bürgertum sich für die Deutsche demokratische Partei, die es in engherzigem Parteigeist so gar nicht verstanden hat, die wirklichen Interessen des Bürgertums wahrzunehmen, entscheiden will oder für die Deutsche Volkspartei, die öffentlich sagt, was ihr Programm ist. Wir meinen, es kann für jeden, der in einer sozialdemokratisch organisierten Republik den Verfall des Bürgertums erkennt, keinen Augenblick des Schwankens mehr geben. Die Fortschrittliche Volkspartei, die ihre Firma in Deutsche demokratische Partei geändert hat, hat mit ihrem Beschluß vom letzten Samstag die Wahl offen, die nicht schon früher fortschrittlich und demokratisch waren, leicht gemacht. Es gibt für uns nur noch eins: Beitritt zur Deutschen Volkspartei, die nunmehr entschlossen die Einigung und Führung aller nicht sozialistisch gerichteten Volksgenossen übernommen hat. Das „Wiesbadener Lohblatt“, das — wir erkennen das voll an — stets in demselben Sinne wie wir für die Sammlung des Bürgertums eingetreten ist, sagt der Deutschen demokratischen Partei, als deren Bundesgenosse es sich selbst bezeichnet hat, in aufrechter und unabhängiger Haltung bittere Wahrheiten. Es gibt

sich auch die größte Mühe, noch einen letzten Versuch der Einigung zu machen. Bei dem Parteidoctrinarismus in der Zeitung der früheren Fortschrittlichen Volkspartei, die jetzt auch die Zeitung der Deutschen demokratischen Partei bildet, können wir an einen Erfolg nicht glauben. Außerdem: Die Deutsche Volkspartei besteht, und sie arbeitet im Sinne der Sammlung. Nach den vielen fehlerhaften Einigungsversuchen der Nationalliberalen läßt sie sich nicht an der Rufe herumführen. Sie ist ganz selbständig und wird, der neuen Zeit entsprechend, neue Männer in ihre Leitung entsenden. Kommt die Deutsche demokratische Partei noch rechtzeitig zur Besinnung, so steht jedoch einem tatsächlichen Zusammengehen bei den Wahlen zur Nationalversammlung nichts entgegen. Im dem Programm der Deutschen Volkspartei Wiesbaden heißt es ausdrücklich: „Für die Wahlen zur Nationalversammlung erstreben wir mit allen anderen bürgerlichen Parteien ein Zusammenwirken und erschaffen eine enge Vereinigung des gesamten deutschen Bürgertums.“

Das ist etwas anderes als die Anschließpolitik der Deutschen demokratischen Partei! Jeden bürgerlich gesinnten Deutschen fordern wir zur Wahrung seiner bürgerlichen Interessen auf, der Deutschen Volkspartei beizutreten. Beitrittserklärungen nimmt die Schriftleitung der „Wiesbadener Zeitung“ entgegen. B. G.

Beschleunigung der Nationalversammlung

Berlin, 12. Dez. (Wolff-Tele.)
Jeden Tag gelangen an den Rat der Volksbeauftragten von Bundesstaatlichen Volkregierungen, von städtischen und staatlichen Körperschaften, von den Organisationen aller Parteien, sowie von zahlreichen Versammlungen Kundgebungen, die eine wesentlich beschleunigte Einberufung der Nationalversammlung fordern. Die Reichsleitung ist außer Stande, diese Telegramme zu veröffentlichen oder sie zu beantworten. Sie hat den 18. Februar vorerst als Zeitpunkt für die Wahlen ins Auge gefaßt. Ende des am 16. Dezember zusammengetretenen Arbeiter- und Soldatenrates aus dem ganzen Reich wird es sein, durch einen Beschluß zum Ausdruck zu bringen, ob die Mehrheit sich für einen anderen Termin entscheiden will.

Oesterreich-Ungarns Menschenverluste.

Budapest, 12. Dez. (Via-Tele.)
Nach Aufstellungen hiesiger Blätter hat Oesterreich-Ungarn während des Weltkrieges an Toten, Verwundeten und Kranken 10 Millionen Menschen verloren. Die Zahl der Toten allein beträgt 800 000 Mann. Angenommen davon sind 13 000 Offiziere, was 25 Prozent des ganzen Offiziersstandes ausmacht. Darunter waren 5 Herzöge, 70 Barone, 90 Ritter, 370 Edle, aber kein Mitglied der Familien Habsburg und Parma.

Lord George spricht wieder.

London, 12. Dez. (Wolff-Tele.)
In einer Rede sagte Lord George: Diejenigen, die den Krieg begonnen haben und ihn unterstützen, müssen bis zum letzten Pfennig zahlen. (Lauter Beifall.) Wir werden zu diesem Zweck die Taschen untersuchen. (Gelächter.) Es hat keinen Zweck, über den Weltfrieden zu sprechen, wenn man Deutschland erlaubt, in dem Augenblick, wo der Krieg vorbei ist, seine Armee von 4 bis 5 Millionen von neuem aufzubauen. Dieser Versuch muß von Anfang an vereitelt werden. Und wenn das mit Deutschland geschieht, muß es auch hier geschehen. Den Schuß aber, den die Flotte gewährt, werden wir nicht aufgeben, wer immer auch das verlangen möge.

Die Sowjetregierung gegen die Entente.

Berlin, 12. Dez. (Via-Tele.)
Die Sowjetregierung hat an die Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Italien und an die Vereinigten Staaten eine Erklärung erlassen, in der sie gegen die Einmischung der alliierten Truppen in Rußland Einspruch erhebt und unter anderem anspricht: Die sozialistische Arbeiterrepublik ist nach wie vor bereit, Frieden zu machen. Gegen Eingriffe von außen läßt sie sich auf ihre treue und tapfere rote Armee. Sie macht für das neue Rußland diejenigen verantwortlich, die heranzühen, ihre Grenzen angreifen und die Unterdrückung der besehten Gebiete fordern.

Eine slowakische Republik in Ungarn.

Budapest 12. Dez. (Wolff-Tele.)
In Pössa riefen am Mittwoch nachmittags die führenden Männer des Ortskomitees die selbständige unabhängige Republik aus, deren Reich sich auf das ganze von den Slowaken bewohnte Gebiet erstreckt. Die Entscheidung der Versammlung erklärt: Die ungarländischen Slowaken beschloßen am heutigen Tage die Bildung einer unabhängigen slowakischen Nationalrepublik, deren ethnographische Grenzen auf dem Friedenskongreß genau festgelegt werden sollen. Es wurde sofort eine provisorische Regierung gebildet.

Wilson und der Papst.

Genf, 12. Dez. (Via-Tele.)
Pariser Regierungskreise sind von Wilsons Besuch beim Vatikan unangenehm berührt, weil hiermit ein Zus

Kommensclub aller Männer, die den von der Entente ge- wollten Diktatorfrieden mißbilligen, erfolgt. Unmittelbar vor dem Besuche Wilsons will der Papst anlässlich des Grundes und der Bedeutung dieses Besuches eine Ansprache an die Kardinäle halten.

Im besetzten Gebiet.

In Bonn soll demnächst, wie verlautet, ein Onkel des Königs von England eintreffen. Heute ist kanadische Kavallerie in die Stadt eingerückt.

In Koblenz wird voraussichtlich vom 13. ds. Mt. an ein amerikanisches Armeekorps sein Hauptquartier einrichten. Ein amerikanisches Bataillon hat den Sicherheitsdienst übernommen. Der Herzog von Connaught hat die deutsche Bürgerwehr aufgelöst.

In Godesberg ist ein englisches Infanterieregiment eingerückt.

Mannheim. Seit Donnerstag vormittag ist der Straßenbahnverkehr zwischen Mannheim und Ludwigshafen eingestellt und der Telephonverkehr seit Mittag gesperrt. Nur noch Fußgänger dürfen die Brücke überschreiten.

Hamburg. Die englische Schiffahrtsbeobachtungskommission ist gestern morgen in einer Barkasse des Hafnamtes auf der Werft von Blohm u. Voß angekommen. Sie begab sich nach dem Sondortort, um die in ihm befindlichen Minenboote zu besichtigen. Die Kommission besteht aus einem Korvettenkapitän und vier Seeoffizieren, von denen einer Dolmetscherdienste tut. Die englische Kommission drückte ihr höchstes Erstaunen aus, daß der Bau des Kreuzers „Mackensen“ noch nicht weiter gefördert sei. Sie war bis heute früh der Ansicht, daß das Schiff unbedingt schleppfähig sei, und erklärte darin eine Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen.

Vorverlegung des württembergischen Wahltermins.

Stuttgart, 12. Dez. Die provisorische württembergische Regierung hat in einer heute stattgefundenen Sitzung beschlossen, den seither auf den 20. Januar festgelegten Wahltermin der verfassunggebenden Landesversammlung auf den 12. Januar vorzuverlegen.

Der Wunsch der Häuptlinge.

London, 12. Dez. (Wolff-Tele.) Das Kolonialamt veröffentlicht ein Weisbuch mit Erklärungen von Häuptlingen von Kamerun, Togo, Westafrika und Deutsch-Ostafrika, in denen die Häuptlinge den Wunsch aussprechen, unter britischer Herrschaft zu bleiben.

Ein zeitgemäßes Schulprogramm.

In zwei vom Volksschullehrerverein Wiesbaden und Umgebung einberufenen, auf beachteten Allgemeinen Volksschullehrertagen berieten Volksschullehrer und -lehrerinnen aller Konfessionen und Parteirichtungen die Schulfrage und einigten sich in regem Meinungsaustrausch auf die unten verzeichneten Programmpunkte. Da die Schulfrage einen wesentlichen Teil eines jeden Parteiprogramms darstellt, die nachstehenden Vorschläge vom Standpunkt der eigengesellschaftlichen Schule aus zugleich die Schulbildung neutralisieren und damit aus dem Streit der Parteien herausheben, so dürften die Forderungen der sachverständigen Volksschullehrerschaft die Aufmerksamkeit weiterer Kreise erregen. Wir bieten die Vorschläge in ihrem ungekürzten Wortlaut:

- 1. Wir lehnen ab jede Bevormundung der Volksschule durch die angrenzenden Kulturkreise, fordern aber ihre Mitwirkung in der eigengesellschaftlichen, sich selbst verwaltenden Schule. Wir verwerfen nicht minder die einseitige Schulerherrschaft, verlangen dagegen, daß die Schule als Bildungsstätte eine enge Beziehung zu den wichtigsten Gemeinwesen hat; insbesondere gilt das für die Familie, deren Einfluß durch Elternbeiträge und durch Betonung des Elternrechtes zu sichern ist.
2. Wir lehnen ab das Ständeschulwesen und alle gekünstelten Wiedererungen, fordern aber die organische Verbindung der charakteristischen Bildungsformen zur Schuleinheit. Wir verwerfen die geringwertigere Bildungsbereicherung der ärmeren Kinder und betonen das gleiche Recht auf Bildung für alle. Die Volksschule ist in der Höhe den

Lebensbedingungen, Klassenstärke, Lehr- und Lernmittel, Pflanzschulungszahl, Schulhaus und dergleichen, den entwickelten Schulformen gleichzustellen und muß bedeutend gehoben werden. Im Hinblick an sie soll ein organisch verbundenes Fortbildungs- und Fachschulwesen die Wege bis zur Volkshochschule bzw. den Fachakademien öffnen.

3. Wir lehnen ab jede Mechanisierung des Unterrichts, fordern dagegen seine schöpferische Entfaltung aus der Bildungsidee. Wir verwerfen darum als Mißbräuche der „Lern- und Drillschule“ auch jede Form von Militarismus oder Bureaucratismus und verlangen die freie Auswirkung der schöpferischen Kräfte bei Lehrer und Kind.

4. Wir lehnen ab jede unzureichende, abgeforderte Vorbildung samt den Sonderprüfungen und dem Kurstudium, verlangen dagegen den Ausbau der Präparandenschule und des Seminars zu einer dem Gymnasium gleichwertigen höheren Lehranstalt mit anschließender, pädagogischer Akademie, zu der jedoch auch der Weg über die anderen höheren Lehranstalten offen stehen soll.

5. Wir lehnen ab jede Ausnahmestellung und fordern ein Lehrgesetz, das uns wirtschaftlich beruflich, staatsbürgerlich in die zukommenden Rechte einsetzt.

6. Wir lehnen ab jedes persönliche, nebenamtliche, juristisch-verwaltungstechnische Regiment, fordern dagegen erfahrene, vollqualifizierte Sachlichkeit und schöpferische Kraft der Leitung, die durch Konkretheit, berufliche Selbstverwaltung, Lehrerkammern, fachliche Beiräte und dergleichen auf eine breite Grundlage zu stellen ist. Wir verwerfen darum auch das autoritative Rektorat, die nebenamtliche geistliche Schulaufsicht, die Weisheit der Hofschenskanzleien und das Verwaltungs- bzw. Sammelministerium an der Spitze, verlangen vielmehr demokratische Schulleitung, Fachaufsicht mit höchstens zwei Stufen und ein Unterrichts- oder Bildungsministerium.

7. Wir lehnen ab das unfertige, willkürliche, zerstückelte Wesen der heutigen Schulverfassung und fordern ein einheitliches, vollständiges Reichs- bzw. Landesschulgesetz. Die Abgrenzung beider Formen hat sich im Rahmen der politischen Lage, das heißt der staatsrechtlichen Ordnung zu halten, wie sie durch die Nationalversammlung bestimmt wird.

8. Wir bedauern es, daß die Pädagogik in ihrer allgemeinen Kulturbedeutung lange nicht genügend erkannt ist, fordern darum für alle Verwaltungsformen der Schule hinreichenden Einfluß der pädagogischen Vertreter ihrer Stimmenzahl muß den Vätern möglichst das Gleichgewicht halten) und erstreben ferner berufsmäßigen Einfluß auf die großen sozialen Gemeinschaften, verlangen beispielsweise Zulassung zur Gemeinde-, Staats- und Rechtsverwaltung als Lehrer, damit pädagogischer Geist überall seinen Anwalt finden kann.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 13. Dezember. Die Besetzung Wiesbadens. Französische Quartiermacher sind gestern in Wiesbaden eingetroffen. Die Besetzung durch französische Truppen ist heute oder morgen zu erwarten.

Abgabe von Entlassungsanträgen.

Jedem am 11. November 1918 und später aus dem Heere ausscheidenden Unteroffizier und Mann sollte rechtzeitig ein Entlassungsantrag mitgegeben werden. Durch Einariffe und Beschlagnahme Unbereiter, durch Plünderung und unberechtigten Verkauf in den ersten Tagen nach der Revolution sind die Kammerbestände und Verkleidungslager fast vollständig geleert. Neue Anzüge müssen erst wieder angefertigt werden, ihre Herstellung kostet Zeit. Es wird alles daran gesetzt, sie rasch bereitzustellen. Soweit neuer Vorrat da ist, wird zuerst das Feldheer versorgt. Das Heimatheer wird sich mit Sachen begnügen müssen, die es bereits hat. Sie sind durchschnittlich nicht so verbrochen, wie die Anzüge des Feldheeres. Wer künftig einen besseren Anzug erhält, muß den alten unbedingt zurückgeben; er wird dringend zur Einstellung weiterer Entlassungsanträge gebrocht. Kameraden! Wir bitten Euch, würdigt die Lage, die nicht durch und verschuldet ist. Habt Geduld und Verironen! Sorgt für Rücklieferung unrichtmähig zurückgehaltener Verkleidung! Schützt die Kammerbestände! Hindert den Verkauf und die Verschleuderung! Der Vollzugsrat des Großberliner A. u. S. Nat. R. Müller, Rosenbuch. Vorstehender Aufruf wird zur Kenntnis der Armeecorpsminister Schenk, Unterstaatssekretär Göhre.

Kriegsauszeichnung. Dem Musikleiter H. Bette aus Wiesbaden wurde zu der Preußischen Tapferkeitsmedaille das Eiserne Kreuz verliehen.

Vorübergehende Einschränkung des Eisenbahnverkehrs. Nach der Veröffentlichung im Anzeigenteil wird die Eisenbahnerverwaltung bei den rechts des Rheins gelegenen Güterabfertigungen des Direktionsbezirks Mainz Prohibitivgüter vom 12. bis 14. Dezember einschließlich zur Beförderung nicht annehmen. Lebensmittel und sonstige dringliche Sendungen können als Eilgut aufgefertigt werden; doch ist auch hier im allgemeinen Interesse erforderlich, die Aufgabe als Eilgut auf die wirklich dringlichen Sendungen zu beschränken.

Die Franzosen in Mainz. Die ersten Tage der französischen Besetzung sind, wie wir dem „Mainz. Anz.“ entnehmen, ruhig verlaufen, zumal von beiden Seiten ein korrektes Verhalten gezeigt wird. Als französischer Gouverneur für Mainz ist, wie neuerdings bekannt wird, General Latin bestimmt. Die Weidung des „Echo de Paris“, daß General Mangin, der bekannte Armeeführer, hierher komme, teilt demnach nicht zu. Ein weiterer Teil der Besatzungstruppen, das Inf. Regt. Nr. 155 und eine Abteilung Artillerie, sind im Laufe des Mittwoch eingetroffen. Eine Truppenbesichtigung erfolgte am Dienstag nachmittag nach einem Umzug durch die Hauptstraßen am Präsidentenplatz, wo am Abend die französische Fahne und die Kapelle aufgestellt genommen hatten. Der Kommandant der Besatzung, Oberst Goubet nahm vom Präsidentenplatz die Parade ab. Beicilla waren daran Infanterie, Radfahrer und Panzerautos. Auf Anordnung des französischen Oberbefehlshabers haben französische Soldaten aller Grade Zutritt zu den Kaffees, Schantheilen und Restaurants von 11 Uhr 30 Minuten vormittags bis 2 Uhr nachmittags und von 6 Uhr abends bis 9 Uhr abends (deutsche Zeit). Zwischenhandlungen werden mit Zerschlagung der Geschäfte bestraft. Im linksrheinischen Eisenbahnverkehr tritt vom 13. Dezember ab die weiteuropäische Zeit in Kraft, die gegen die mitteleuropäische um 55 Minuten nachgeht. Das rechtsrheinische Gebiet, auch die Brückenköpfe, sollen die alte Zeit behalten. Demnach bleibt für Wiesbaden die mitteleuropäische Zeit bestehen. (Schriftl.)

Der Dohheimer Exerzierplatz. In einer Versammlung der Dohheimer Kriegsbefehlshaber wurde angeregt, den Exerzierplatz wieder in Kulturland umzuwandeln, in kleine Parzellen einzuteilen und daraus Schrebergärten zu bilden. Diese sollen dann in erster Linie an die Kriegsbefehlshaber zu geringem Pachtpreis oder auf langfristige Amortisation zum Ankauf abgegeben werden.

Unbesetzte Sammlerin. In den letzten Tagen hat hier ein besser gekleidetes Mädchen, das sich Fräulein Wrote nannte, etwa 10 bis 18 Jahre alt, mit lockigem Haar, Goldspenden und Lebensmittel gesammelt, angeblich im Auftrag des „Heimatbaues“. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß der „Heimatbau“ wohl Beiträge für gemeinnützige Zwecke entgegennimmt, daß er aber keine Sammlerinnen umherläßt. Auch das rote Kreuz hat niemand dazu beauftragt. Es kann sich also nur um eine Schwindlerin handeln, vor der gewarnt werden muß. Bei ihrem Wiedererscheinen ist die Kriminalpolizei zu benachrichtigen.

Stadtbauamt-Nachrichten vom 12. Dez. Sterbefälle: Am 10. Dez. Karl Müller, 71 J.; Rosa Nibel, Kaffiserin, 29 J.; Am 11. Dez. Frau Barbara Krug Bwe, geb. Bloß, 77 J.; Carl Ehrlich, Aedunndar, Regierungssekretär a. D., 78 J.; Frau Elise Beh Bwe, geb. Derold, 60 J.; Ann Kraus, Schülerin, 12 J.

Israelitische Gottesdienste.

Israel Kulturgemeinde, Synagoge: Michaelberg. Hauptsynagoge: Freitag abends 8.30 Uhr, Sabbat morgen frühgottsdienst 8 Uhr, Hauptgottesdienst 10 Uhr, nachmittags 2 Uhr, abends 5.15 Uhr. — Wochenlage morgen 7.30 Uhr, abends 4.30 Uhr. Gemeindebibliothek in Dienstag nachm. von 4 bis 5 Uhr geöffnet.
Alt-Isralitische Kulnngemeinde, Synagoge: Friedrichstraße 22. Freitag abends 8.15 Uhr, Sabbat morgen 8.45 Uhr, Freitag 10.45 Uhr, nachmittags 3 Uhr, abends 5.15 Uhr. — Wochenlage morgen 7.15 Uhr, abends 4 Uhr.

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge, usw.

Kurhaus. Ein Symphonie-Konzert des hies. Kurorchesters ist für heute Freitag abend 8 Uhr unter dem Herrn Musikdirektor Schurichs Leitung im Abonnement im großen Saale vorgesehen.
Kassauisches Landestheater. Der Beginn der heutigen Vorstellung „Die verlorene Tochter“ ist auf 6 Uhr festgesetzt worden, Ende etwa 8.30 Uhr. — Wie bereits mitgeteilt, findet morgen die Erstaufführung des diesjährigen Weihnachtsstückchens „Der Strammelweier“ von Binder-Lannenberg bei aufgehobenem Abonnement statt. Mit Rücksicht auf das kleine Publikum beginnt diese Vorstellung bereits um 5 Uhr. Der Vorverkauf beginnt am Vorstellungstage vormittags 9 Uhr.

Komteß Lisa.

Roman von Cäcilie Adenbach. (44. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
„Wenn Lisa sich scheiden läßt — Jesebel bietet ja dazu zwanzig Gründe und mehr — und Häffstet heiratet, so verdient du allerdings einen Kriegsorden mit Schwertern. Aber unser Pflicht braucht deinen Schutz nicht, sie behält sich selbst. Du hast eine Halluzination gehabt oder zu viel Rum zum Tee genommen.“
„Hör' auf“, sagte Malchen matt; „meinst du, daß du mit deinen Grobheiten irgend jemand einen Dienst erweist? kaum — weder Lisa noch Hans, noch dir, noch mir.“
Der dicke Berkow rieb sich die Hände, es mochte ihm Freude, die Jugendfreundin zu reizen. Immerhin mußte etwas geschehen. Es war ihm überdies eine Genugtuung, dem Dürnkneier, der ihm stets der beste, treueste Freund gewesen, einen Dienst leisten zu können.
Aber mit der Bauernschläue, die der Dürnkneier stets an seinem Vetter und Freunde anerkennend hervorhob, wollte er doch auch für sich etwas herauskugeln. Er legte seine große, schwere Tasse auf Malchens rundliche Tischhand.
„Malchen, du hast recht, hier muß gründlich Remedur geschafft werden, das seh' ich ein. Aber meine werie Cousine; umsonst ist der Tod, und wenn ich nun versuche, deine so schamlose Pflanzverlegung wieder gut zu machen, sozusagen die Karre aus dem Dreck zu ziehen — verzich' dem Landmann das harte Wort —, dann will ich als Kompensation auch Ruh' und Frieden für meinen alten Tag haben, das heißt: endlich eine Hausfrau in Berkow.“
Tante Amalie war ganz erschrocken.
„Carl ich kann dir wirklich nicht sagen, wie sehr es mich langweilen würde, noch heiraten zu müssen.“ meinte sie zaghaft.
„Du bist ja recht bößlich!“
„Ja, sieh mal, schon den Namen wechseln, den ich vierzig Jahre getragen hab', da würd' ich mich gar nicht dran gewöhnen können.“
„Corisari!“ brummte der Berkower. „Berkow klingt tausendmal besser wie Baum, und wenn die Gnädige Wert darauf legt, könnte ich ja auch unsern Adel wieder aufnehmen. Aber so bist du ja nicht. Und dann denk' noch

mal, Malchen, deine Sachen sind richtig gezeichnet: Amalie Baum, Amalie Berkow; du mußt selbst zugeben, daß dies viel besser klingt, und, wie gesagt, laß dir ein Arzünden darüber fäden, wenn's dich freut. Vetter Hubert hat die Nobilitierung für die Familie ja schon fertig gemacht, wir brauchen also nur zuzugreifen!“
„Carl, du sprichst immer von deinem goldenen Herzen, und während ich hier in Tränen sitze, denkst du an Wascheanstaltungen und Nobilitierung! Aber so bin ich auch nicht, dafür haben wir denselben Großpater, mein Vetter; ich weiß ja noch gar nicht, wofür ich eine Gegenleistung bieten soll. Doch wohl nicht für all die Grobheiten, die du mit an den Kopf geworfen hast.“
„Das gut sein, Malchen, zanken können wir uns später noch genug. Mein Plan ist der: Ich laßre mit dem nächsten Schiff nach Peking und hente Hans reinen Wein ein. Das ist fürs erste das Wichtigste. Ich würde Lisa gern mitnehmen, aber wie die Verhältnisse hier liegen, geht das nicht. Lisa nimmt die Verantwortung für ihre Stiefkinder sehr ernst und ich weiß, daß sie Rom nicht eher verlassen würde, als bis sie Lolo unter den Schutz von Tante Wilke gestellt hat. Do möcht' ich allerdings auch Remedur schaffen, und zwar: den jungen Biero zuerst heraus-schmeißen, die Marthea hinterher, und die liebe Jesebel, die würd' ich gern einladen, mich auf der Seereise zu begleiten. Im Gelben Meer würd' ich sie dann über Bord werfen, da gehört sie hin.“
Malchen reichte Carl schweigend die Hand; gegen den Plan ließ sich nichts einwenden.
„Aber abgezoppt wird nicht wieder“, warnte Berkow; „am besten, du läßt gleich mit auf Hochseereise, ich tran' dir nämlich nicht über den Weg und hab' alle Ursache dazu.“
„Wo denkst du hin? Ich Lisa allein lassen?“
Berkow beruhigte sie, er habe nur Späß gemacht, er würde ja doch die ganze Zeit unter der Seefernkraft leiden, und ob er lebendig zurückkommen würde, das könne doch kein Mensch wissen. Also schlag er ein, vorläufig verlaug er nur dein Wort. In Hans glücklich von China zurück, so ergibt sich das Weitere von selbst. Und damit du siehst, daß ich ein Gedankenleser bin: Wenn's dich beruhigt, brauch' einweilen niemand etwas von unserem Abkommen zu wissen.“

Ganz gegen ihre Gewohnheit hatte sich Lisa nach dem Tee noch einmal an den Schreibisch gesetzt, um einen neuen Brief an den Dürnkneier zu schreiben; der Brief, den sie am Morgen geschrieben, befriedigte sie nicht, sie hatte ihn zweimal durchgelesen und fand ihn dumm und gekünstelt. Wäre es nicht doch besser, dem Dürnkneier ihre Eifersucht zu zeigen, sich beruhigen zu lassen? Aber der Brief glich viele Wochen, da würde sie auf die Verurteilung lange warten können.
Theres' meldete Baron Häffstet.
Lisa jerrich den Brief in kleine Fetzen und erhob sich. Häffstet schien sehr errot.
„Gräfin, ich kämpfe schon den ganzen Tag, ob ich Ihnen diesen Brief, den ich heute morgen erhalten habe, zeigen soll oder nicht. Aber schließlich, er betrifft Sie und Hans, und ich glaube, Aufrichtigkeit ist in solchen Wirrnissen immer das Beste.“
„Der Brief ist von Ihrer Nichte Ebba?“ sagte Lisa leise und beklommen.
„Sie wissen?“
„Ich weiß nichts“, sagte Lisa hart.
Häffstet reichte ihr das Billett:
„Nieber Onkel Erik.“ las Lisa halblaut, „ich habe hier eine sehr ernste und ködne Freundschaft geschlossen, und alle Zeichen sprechen dafür, daß mein Freund mich leiden mag. Allgemein höre ich, daß die Menage Dürnkneier von Anfang an nicht gegangen ist. Nieber Onkel, willst du für mich das Terrain sondieren? Ich würde Graf Hans sehr gerne heiraten, wenn es zu machen ginge. Schreibe mir bitte bald, ich bin sehr ungeduldig natürlich. Viel Dank im voraus! Deine Ebba.“
„Es ist ja alles Unsinn, was sie sagt“, meinte Häffstet höfend. „Aber, Lisa, wenn es nun der Fall wärg, wenn Ebba recht hätte — es ist ja undenkbar, unfählich! — Lisa, Sie würden die Meine werden? Sie müssen mir antworten, es ist nötig, ich muß Gewißheit haben, Echnsuch und Leidenschaft reiben mich auf.“
Die Hornader schwoß auf seiner Stirn.
„...Den traven Häffstet wie den Schuh, piff, paff, puff —“
Lisa stand vor ihm bleich und stitternd. Da riß er sie an sich und Lisa weinte an seiner Schulter, leise und mutlos. (Fortsetzung folgt.)

Am Sonntag, den 15. ds. Mts. geht Neuerbeers große Oper „Der Fröndel“ zum ersten Male im Abonnement B in Szene. Neu besetzt ist die Partie des Oberst mit Herrn Wehler.

Lehrerinnen-Verein für Nassau. Die nächste Sitzung findet am Samstag, den 14. Dez., nachmittags 6.15 Uhr, im Posseum I statt.

Aus den Vororten.

Dohheim.

Kriegsbeschädigtenfürsorge. Da für viele Kriegsbeschädigte zurzeit noch keine Arbeitsgelegenheit beschafft werden kann, soll für diese eine Arbeitslosenunterstützung eingerichtet werden.

Liebesgaben. Zum Empfange der heimkehrenden Krieger und durchziehenden Truppen war eine „Bürgerpönde“ gesammelt worden. Infolge umfangreicher Zuweisungen zu gedanktem Zwecke konnten an etwa 6000 entlassene hiesige Kriegsteilnehmer, sowie an die dies einquartierten fremden Krieger Liebesgaben verteilt werden.

Bürgerwehr. Der hohen Kosten wegen ist die hiesige Bürgerwehr wieder aufgelöst worden.

Krieger- und Militärverein. Einen Kameradschaftlichen Begrüßungsabend für die heimgekehrten Kriegsteilnehmer veranstaltete der hiesige Krieger- und Militärverein. Nach bei dieser Gelegenheit leitens des Vorsitzenden gemachten Mitteilungen zählt der Verein zurzeit 96 Mitglieder, darunter 8 Veteranen von 1870/71, und 2 Ehrenmitglieder. 45 Mitglieder nahmen am Kriege teil, einer starb den Heldentod. Während des Krieges verlor der Verein durch Todesfall 7 Mitglieder und 8 Veteranen von 1870/71.

Sängervereinigung. Hier wurde angeregt, alle Gesangsvereine zu einem leitungsfähigen Verein zusammenzuschließen. Da sich bei einer Besprechung zeigte, daß vorerst noch wenig Neigung zum Singen überhaupt vorhanden ist, wurde der Wunsch geäußert, daß wenigstens einflußreiche die während des Krieges gebildete Sängervereinigung noch weiter bestehen möge zum Zweck der Beteiligung an jedem Kriegsteilnehmergedächtnis durch gemeinsamen Grabesung und Kranzniederlegung ohne Rücksicht auf Vereinszugehörigkeit. Die Kosten sollen gemeinsam getragen werden.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

h. Höchst a. M., 12. Dez. Der Einzug der Franzosen in die Stadt Höchst und die Besetzung des äußeren Brückenkopfes der Festung Mainz wird für heute — Donnerstag — erwartet. Wie in einer hier stattgefundenen Sitzung mitgeteilt wurde, rechnet man für Höchst mit einer Besetzung von 1500—1600 Mann, was einer Besetzung von 5 Prozent der Bevölkerungsmenge entspricht. Für die Mannschaften sind Kasernenquartiere für bis zu 2000 Mann vorzusehen. Als Offiziersquartier ist das hiesige Offizierskasino im Hotel Schmitt eingerichtet. Doch nimmt man an, daß Offiziere und Mannschaften Privat-

quartiere beziehen. Vermutlich wird Nied vorerst nicht besetzt. Die Ridda soll sicherem Vernehmen nach die Trennungslinie bilden.

h. Frankfurt, 12. Dez. Zur Uebernahme des Sicherheitsdienstes an Bahnhöfen und von Abfertigungen rückt heute das Inf.-Reg. 171 von der 115. Inf.-Division in einer Stärke von 1200 Mann hier ein. Es verbleibt hier bis zum Eintreffen des Frankfurter Inf.-Regts. 81, das jetzt in Wehr demobilisiert wird. Die Arbeiterwehr bleibt jedoch bestehen.

rmk. Darmstadt, 12. Dez. Zurückgehaltene Kartoffeln. Verhaftet wurde gestern nach einer Mitteilung des hiesigen „Volkfreund“ der frühere Landtagsabgeordnete Senffelder in Büttelborn, mit noch zwei dortigen Gemeinderäten, da sie sich weigerten, von den überflüssigen Kartoffelvorräten an die Bedarfsgemeinden abzugeben. Nach der erfolgten Verhaftung war es plötzlich möglich geworden, Tausend Zentner Kartoffeln abgeben zu können.

Sport.

Der deutsche Rennsport hat durch den Zusammenbruch des Stalles Stempel eine große Einbuße an seinem Aufschwung erlitten. Stempel hatte bekanntlich seinen Aufbau für den Rennsport auf Kosten des Exzellenzverwalters Richard Gerde im Bonshaus S. Bleichröder bestritten, der letzten Jahre fast 5 Millionen Mark verwendet hat. Der inausendliche Rennstallbesitzer hatte mit dem geschloßenen Geld sich den größten deutschen Rennstall angeeignet, der zuletzt über 40 Pferde zählte und über 357 370 Mark gewann. Seine größten Erfolge waren der Sieg Wicksels im Großen Hansapreis und Cormorans im Großen Berliner Jagdrennen. Den hohen Geboten Stempels sind die hohen Preise bei den Versteigerungen der letzten Zeit in der Hauptstadt zuzuschreiben. Auch seine Weitten begünstigten sich in außerordentlicher Höhe, so legte er in jedem Rennen mindestens 10 000 Mark.

Vermischtes.

Luftverkehr in Amerika. Die „New-York World“ kündigt die Einrichtung von 50 Passagierluftlinien an. Der Verkehr zur Luft werde in Amerika den größten Umfang annehmen, zumal die amerikanische Flugzeugindustrie jährlich beinahe 150 000 Flugzeuge bauen und dem Verkehr übergeben könne.

Volkswirtschaft.

Berliner Börsenbericht vom 12. Dezember. Die Börse verlief fest. Es bestand namentlich am parabolischen Markt weiterer Bedingungsverkehr, der nur zu erheblichen höheren Kursen zur Abwicklung kam, nachdem das Publikum mit Verkaufsaufträgen zurückhielt und zum Teil selbst wieder als Käufer erschien. Am Montanmarkt traten Phönix leicht wieder besonders in den Vordergrund. Am Rentenmarkt zeigten heimliche Ankünder weniger veränderte Kurse bei festem Geschäft. Der Einheitsmarkt verlief auch zum großen Teil fest, wenn auch für einzelne Werte die gestern besonders gelaugt waren, Abwärtsbewegung eintrat. Tägliches Geld 4 1/2 Prozent.

Frankfurter Börsenbericht vom 12. Dezember. Die feste Haltung der Börse fand heute eine weitere Fortsetzung auf

fast allen Gebieten. Zunächst war der Verkehr ruhig bei gut behauptetem Geschäft. Im weiteren Verlauf kam jedoch wieder regeres Geschäft zum Durchbruch, wobei weitere ansehnliche Kursgewinne erzielt wurden. Anlagewerte waren wenig verändert. Mexikaner schwächten sich etwas ab.

Berliner Börse.

Table with columns for various stocks and their prices. Includes items like Hamburg-Amerika, Nord-Lloyd, etc.

Table with columns for exchange rates and prices. Includes items like Holland, Dänemark, Schweden, etc.

Freier Meinungs-austausch.

Einfallerungs-Kartoffeln!

Vor über 2 Monaten ließ sich die Stadt von denjenigen Haushaltungen, welche Einfallerungskartoffeln beziehen wollten, diese im Voraus mit 8 Mark pro Zentner bezahlen und versprach, die Kartoffeln bis spätestens 15. Dezember zu liefern. Nachdem man von einer Woche auf die andere verzögert wurde, macht die Stadt nun bekannt, daß die Kartoffeln überhaupt nicht geliefert werden können. Man hat der Stadt 2 Monate lang kein Geld sehen müssen, zum Dank muß man sich nun jede Woche seine etliche Pfund Kartoffeln bei der Verteilung holen.

Wenn die Stadt den Verdienst an den Kartoffeln und die Plusen von dem mehrere hunderttausend Mark ausmachenden, im Voraus einbezogenen Kartoffelgeld einstreifen wollte, so müßte sie auch die unbedingte Sicherheit haben, die Kartoffeln rechtzeitig herbeizubekommen. Wenn sie sich nicht über war, diese Pflicht und Schuldigkeit ihren Steuerbürgern gegenüber zu erfüllen, so hätte sie die Bürger von dem Geld lassen sollen und den Haushaltungen die Besondere ausstellen sollen, wie dies in jeder anderen Stadt erfolgt, dann hätte heute ganz sicher jede Haushaltung ihre Winterkartoffeln im trockenen Keller. Heuchliche Manipulationen wird sich noch der jetzt oemischen Erfahrung in Zukunft wohl kein Einwohner gefallen lassen.

Ein Haushaltungsvorstand.

Schriftleitung: Hermann Grubbs. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. G. Großhans; für Kunst, Bildhauerei, Unterhaltung und volkswirtschaftlichen Teil: H. G. Gieseler; für Stadt- und Landnachrichten, Bericht und Sport: L. S. Hans Günther; für die Anzeigen: H. G. Gieseler; sämtlich in Wiesbaden. Druck u. Verlag der Wiesbadener Zeitung, Rudolf S. M. S. G.

Nassauisches Landestheater. Freitag, den 13. Dezember 1918, abends 8 Uhr. Die verlorene Tochter. In Szene gesetzt von Ernst Wegel.

Kurhaus Wiesbaden. Freitag, 13. Dez. Nachmittags 4 Uhr: Abonnements-Konzert: Städtisches Kurorchester. Leitung: Herr Herm. Irmor.

KINEPHON Stuart Webb's Der Stier von Galbanha. Die Rotbremse. MONOPOL Der Narr hat sie getüßt. Besseres Fräulein im Haushalt und Krankenpflege.

Residenz-Theater. Freitag, den 13. Dezember 1918, abends 7 Uhr. Wenn im Frühling der Polster... Spielplan, Sonntag, 13. Dez. abends 8 Uhr: Die schwebende Jungfrau (Reizheit).

Mein langjähriger Mitarbeiter, Herr Oskar Henn, Arzt und Zahnarzt, ist nach seiner Rückkehr aus dem Felde wieder in meine Praxis eingetreten. Ich kann dieselbe nunmehr wie früher in vollem Umfang ausüben.

San.-Rat Dr. Christ Arzt und Zahnarzt. *1729

Bekanntmachung Das Kriegsamt Berlin, Kriegswirtschaftsamt, drachtet im Auftrage des Demobilisationsamtes: In dem besetzten Gebiete werden die Bestimmungen über die Beschlagnahme von Leber, Häuten und Helle aufgehoben.

Die am 2. Januar 1919 fälligen Zinskoupons unserer Pfandbriefe werden bereits vom 16. Dezember a. c. ab bei unserer Kasse, sowie sämtlichen Pfandbrief-Verkaufsstellen der Bank eingelöst.

Künstlerin erteilt gründlichen Unterricht in Klavier, Gitarre, Geige. Rheinstrasse 40, Pfr. 7. Sprechst. 10-3.

Das Anfahren von Holz in losen Fuhren, sowie in Säcken wird billig besorgt. Uebernahme aller Fuhren mit Federrolle auch nach auswärts. August Reiningger, Wellrigstraße 37, Laden. Telefon 6:09.

Bekanntmachung. Die Demobilisation ist im Gange, unsere Feldgrauen kehren in die Heimat zurück. Alles kommt jetzt darauf an, daß wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen, in Stadt und Land Gelegenheit zu rechtlicher Arbeit zu schaffen.

Bekanntmachung Um die Truppen bei den Bahnen zu halten und die ordnungsmäßige Entlastung zu gewährleisten, werden auf Anweisung der oberen Dienstleitung und des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilisation alle Behörden und Privatbetriebe ersucht, bei der Anstellung die ordnungsmäßige Entlastung den nicht ordnungsmäßig Entlassenen unbedingt voranzusetzen.

